

Ein weiter Bogen um die heißen Eisen

BZ-GASTBEITRAG: Bei der Beschäftigungspolitik sieht Oliver Landmann die SPD im Dilemma zwischen Reformmut und Wahlkampf

Der Kanzlerkandidat der SPD, Frank-Walter Steinmeier, hat in einer programmatischen Rede in Berlin die Beschäftigungspolitik ins Zentrum des Wahlkampfes gerückt. Mit der Förderung zukunftsweisender Technologien und einer ökologischen Industriepolitik will er bis 2020 vier Millionen neue Arbeitsplätze schaffen und so die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die politische Klasse hat auf diese Vision erwartungstreu reagiert: Die SPD war euphorisiert, die Grünen sprachen von Ideenklau und alle anderen zerrissen das Konzept in der Luft. Was aber ist wirklich davon zu halten?

Wer studieren will, wie Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden kann, muss nicht weit suchen: Zwischen den Jahren 2005 und 2008 ist die registrierte Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland von fünf Millionen auf wenig über drei Millionen gesunken. Möglich geworden ist dieses deutsche Beschäftigungswunder durch das Zusammentreffen zweier glücklicher Umstände.

Erstens hat die Umsetzung der unter der Schröder-Regierung eingeleiteten Reformen die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts verbessert. Nach einer Schätzung des Sachverständigenrats ist hierdurch die sogenannte strukturelle Arbeitslosigkeit – das heißt derjenige

Grundstock an Arbeitslosen, der über das Auf und Ab der Konjunktur hinweg bestehen bleibt – um etwa ein Fünftel gesunken. Zweitens konnten die strukturell verbesserten Beschäftigungschancen auch genutzt werden, weil Deutschland in den vergangenen Jahren erstmals seit längerem wieder in den Genuss eines kräftigen, nachfragegetriebenen Konjunkturaufschwungs gekommen war, von dem vor allem die Exportwirtschaft profitierte.

Inzwischen ist dieser doppelte Rückenwind dem Arbeitsmarkt wieder abhanden gekommen. Konjunkturell folgte auf den Aufschwung der Absturz in die schwerste Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Strukturell haben sich die Bedingungen verschlechtert, weil die Große Koalition Teile der von ihr geerbten Agenda 2010 wieder zurückgedreht und den Arbeitsmarkt mit neuen beschäftigungsgefährdenden Interventionen belastet hat.

Dass die Arbeitslosenzahlen auf diese ungünstigen Entwicklungen noch nicht stärker reagiert haben, ist vor allem der massiven Ausdehnung der Kurzarbeit

und zu einem kleineren Teil auch kosmetischen Korrekturen in der Erfassung der Arbeitslosigkeit geschuldet.

Vor diesem Hintergrund wäre es für Kanzlerkandidat Steinmeier nicht so schwierig gewesen, eine ernsthafte, durch wissenschaftliche Erkenntnisse untermauerte Strategie für den Arbeitsmarkt zu entwerfen. Er hätte sie auf dieselben beiden Pfeiler stellen können, die bis 2008 den deutschen Beschäftigungsaufschwung getragen haben. Neben der Wiederherstellung und Stabilisierung des Nachfragewachstums hätte dies bedeutet, auf den Weg der reformpolitischen Tugend zurückzukehren und dort weitere Schritte nach vorne zu machen. Aber wie oft kam der Begriff „Agenda 2010“ in Steinmeiers Berliner Rede vor? Kein einziges Mal.

Das Dilemma, vor dem die SPD in der Beschäftigungspolitik steht, ist leicht einzusehen: Die an sich zielführenden Arbeitsmarktreformen der Schröder-Ära sind bei weiten Teilen der Stammwählerschaft der SPD zutiefst unpopulär und wohl zu einem nicht geringen Teil schuld an dem Umfragetief der

Partei. Also macht man einen weiten Bogen um die heißen Eisen der Arbeitsmarktpolitik, greift stattdessen tief in die Mottenkiste sozialdemokratischer Wirtschaftslenkungs-ideen und zaubert daraus eine Industriepolitik hervor, von der aber nicht ersichtlich ist, wie sie den Abbau der Arbeitslosigkeit sollte leisten können.

Wenn man Milliarden Euro in Bereiche pumpt, die man für zukunftsträchtig hält, entstehen dort zwar neue Arbeitsplätze. Wenn man genügend Milliarden in die Hand nimmt (woher eigentlich?), können es auch leicht vier Millionen Arbeitsplätze werden. Nur: „Neue“ Arbeitsplätze sind nicht dasselbe wie zusätzliche Arbeitsplätze. Ohne Maßnahmen, die an den strukturellen Wurzeln der Arbeitslosigkeit ansetzen, kann eine Industriepolitik keinen nachhaltigen Beschäftigungsboom erzeugen, sondern bloß einen Verdrängungseffekt.

Das Dilemma, dass das wirtschaftspolitisch Richtige das wahlstrategisch Falsche ist (und umgekehrt), ist kein neues – und auch kein exklusiv sozialdemokratisches. Man darf gespannt sein, ob andere Parteien es wagen, damit offensiver umzugehen.

– *Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg.*



Oliver Landmann